

II-42 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

31.5.1966

4/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 13/J

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z

auf die Anfrage der Abgeordneten M e i ß l und Genossen,

betreffend Massnahmen zur vollständigen Behebung der Hochwasserschäden  
 des Jahres 1965.

-.-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen,  
 Z. 13/J-NR/1966 vom 11. Mai 1966, betr. Maßnahmen zur vollständigen Behe-  
 bung der Hochwasserschäden des Jahres 1965, beehre ich mich mitzuteilen:

Das Bundesministerium für Finanzen ist nur mit der Gewährung von Zu-  
 schüssen an die Länder zur Förderung der Behebung der durch die Hochwasser-  
 katastrophen 1965 im privaten Vermögen entstandenen Schäden befaßt.

Die Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im privaten Ver-  
 mögen fällt nach der bestehenden Verfassungs-Rechtslage in die Zuständigkeit  
 der Länder. Um den so zu treffenden Maßnahmen der Länder größere Wirksamkeit  
 zu verleihen, ermöglicht die Dauerregelung des Art. II des Finanzausgleichs-  
 gesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes Nr. 287 vom 21. September 1965  
 seit 1. Jänner 1959 die Gewährung zweckgebundener Zuschüsse an die Länder.  
 Auf Grund dieser gesetzlichen Ermächtigung wurden den Ländern die von ihnen  
 bisher angeforderten 166,020 Mill. S zur Verfügung gestellt.

Weitere 33,980.000 S stehen noch bereit, falls die Länder ihrer be-  
 dürfen. Darüber hinaus kamen aus der von der Bundesregierung eingeleiteten  
 Sammlung von Geldspenden 32,020 Mill. S an die Länder für den genannten  
 Zweck zur Verfügung. Mit den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mit-  
 teln dürften 300 bis 350 Mill. S für die vorerwähnten Förderungszwecke auf-  
 gewendet worden sein. Bewertet man die Eigenleistung der Geschädigten zur  
 Schadensbehebung mit einem gleichhohen Betrag, was der von den Ländern bis-  
 her geübten Förderungspraxis annähernd entspricht, ergibt sich ein aus Geld  
 und geldeswerter Leistung bestehende Gesamtsumme von mindestens 700 bis  
 800 Mill. S. Demgegenüber belief sich die von den Ländern zuletzt bekanntge-  
 gebene Schadensschätzung auf etwa 897 Mill. S.

Der geschilderte Förderungsaufwand ist umso beachtlicher, als im Hin-  
 blick auf die sonstigen ihnen obliegenden Pflichtaufgaben sowohl den Ländern  
 als auch dem Bund nur beschränkte finanzielle Möglichkeiten offen stehen.

4/A.B.  
zu 13/J

- 2 -

Eine Reaktivierung des Hochwasserschädenfonds wird nicht in Erwägung gezogen. Die Schadensbehebung im privaten Vermögen kann nach der Bundesverfassung nicht Zweck dieses Fonds sein und war es auch bisher nicht. Für Behebung von Schäden an Einrichtungen des Bundes, für welche Zwecke der Fonds in erster Linie geschaffen worden war, ist jetzt budgetär hinreichend vorgesorgt.

Wenn sich die Anfrage auf Angelegenheiten der im Vermögen des Bundes oder der Länder und Gemeinden eingetretenen Hochwasserschäden 1965 bezieht, müßte sie an die zuständigen Bundesminister bzw. an die Gebietskörperschaften gerichtet werden.

-.-.-.-